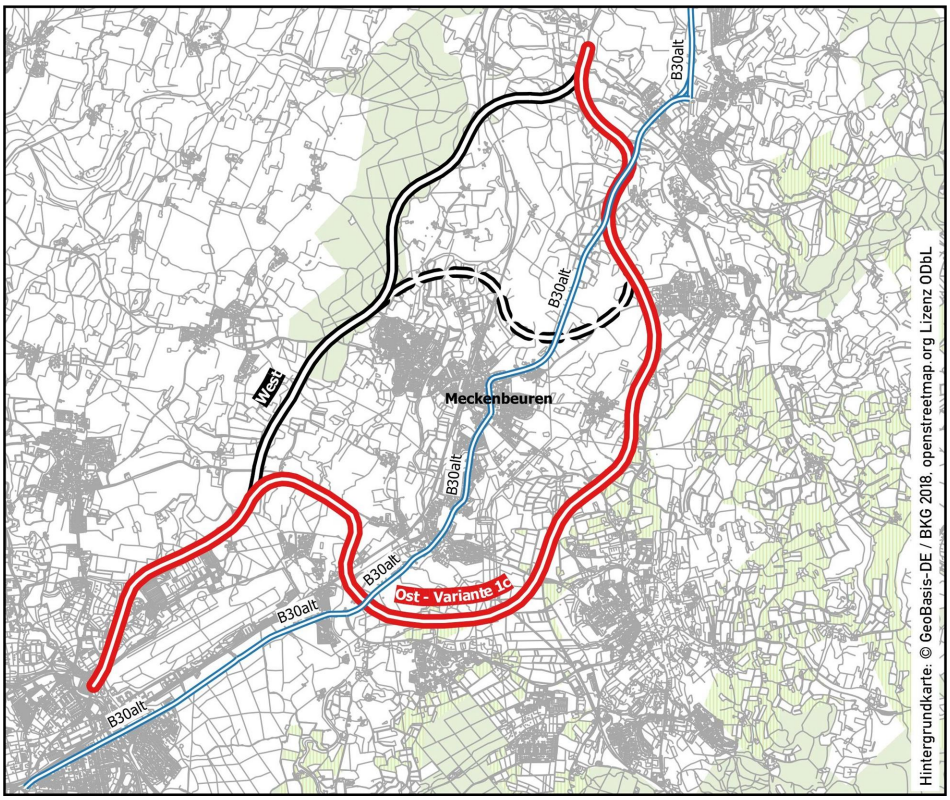
B30 Insider

EHRLICH • KOMPAKT

Nr. 27 | Zeitung der "Initiative B 30" | Januar -April 2019

Regierungspräsidium favorisiert Ost-Trasse



Das Regierungspräsidium Tübingen favorisiert eine Ost-Trasse (rot) für den Neubau der Bundesstraße 30 von Ravensburg/Eschach (oben) bis Friedrichshafen (unten links). (Grafik: ff)

(Meckenbeuren) - Rund 500 Bürger informierten sich am 23. Oktober 2018 in der Humpishalle in Brochenzell über den aktuellen Planungsstand der geplanten Bundesstraße 30 neu zwischen Friedrichshafen und Ravensburg/Eschach. Das Regierungspräsidium favorisiert eine Ost-Trasse. Dies wurde ausführlich begründet:

Die Varianten "West" und "Mitte" sind aus umweltfachlicher Sicht nicht genehmigungsfähig. Es bestehen Betroffenheiten beim Artenschutz, bei Natura 2000-Belangen sowie umfangreiche Beeinträchtigungen allgemeiner Lebensraumfunktionen der Tierwelt, hochwertiger Biotope sowie des Biotopverbundes. Außerdem bestehen hohe Betroffenheiten von Waldflächen, klimatischen Ausgleichsfunktionen und Retentionsleistungen der Landschaft mit Verlust großer zusammenhängender, hoch effektiver Waldflächen sowie eine hohe Betroffenheit von Landschaftsteilen mit relevanten Funktionen für die Erholung. Die Variante "West" weist lediglich einen um maximal 10 Prozent geringeren Flächenverbrauch auf. Dem gegenüber steht aber eine umfangreiche Neuzerschneidung. Werden Ersatzaufforstungen einbezogen, ist bei der Variante "West" sogar deutlich mehr landwirtschaftliche Fläche betroffen. Die Neuverlärmung und Lärmentlastung von Siedlungsbereichen sind bei allen Varianten hingegen vergleichbar. Kritische Belastungen an den Siedlungsrändern könnten mit geeigneten Maßnahmen vermieden werden. Aus verkehrlicher Sicht sind alle Varianten gleichermaßen...

In dieser Ausgabe

Fernstraßen-Bundesamt gegründet Seite 2

Schwarzbuch vorgestellt Seite 4

Straßenplanung durch Dritte wieder möglich Seite 6

Radweg Baindt - Kümmerazhofen freigegeben Seite 7

Neue Straßenwetterstation Seite 8

Landkreis Ravensburg stellt Planungsgelder bereit

(Ravensburg) - Im Kreishaushalt Ravensburg stehen auch 2019 Gelder für die geplante Straßenplanungsgesellschaft der Region Bodensee-Oberschwaben bereit, laut Kreistagsbeschluss vom 13. Dezember 2018. Für die Gründung der Planungsgesellschaft stehen 8.000 Euro und für die Planung 1 Mio. Euro zur Verfügung. Die Beträge werden aus 2018 übernommen, weil die Mittel 2018 nicht abgerufen wurden. Anlass ist die deutlich verzögerte Gründung der regionalen Planungsgesellschaft für Bundesstraßen, da das Land die erforderliche Verwaltungsvorschrift erst im November 2018 erlassen und der Bodenseekreis immer noch nicht über seinen Beitritt zur Planungsgesellschaft entschieden hat. Eine Entscheidung soll nun Ende März 2019 fallen. Nach Gründung der Gesellschaft soll das Projekt "Lückenschluss 'Oberschwabenschnellweg' B 30 OU Gaisbeuren und Enzisreute" als erstes Projekt im Kreis geplant werden. Im Kreishaushalt Ravensburg ist für 2020 bis 2022 ein jährlicher Zuschuss von 1 Mio. Euro vorgesehen. (ff) [Q1]

...geeignet. Aus umweltfachlicher Sicht hingegen ist nur eine Ost-Variante genehmigungsfähig.

Meckenbeurens Bürgermeisterin Elisabeth Kugel begrüßte, dass nun Klarheit besteht und forderte einen möglichst schnellen Baubeginn der B 30. Regierungspräsident Klaus Tappeser bekundete sein Anliegen, die Verkehrssituation im Bodenseeraum zu verbessern. Landrat Lothar Wölfle betonte sein Ziel, die Betroffenheit der Landwirtschaft bei der Ost-Trasse zu minimieren. Landrat Harald Sievers, Ravensburg, befürwortete eine Westvariante. Die Ost-Variante beschleunige aus Richtung Oberschwaben aber auch den Weg in Richtung Tettnang oder Kressbronn. Regionalverbandsdirektor Wilfried Franke appellierte an die Bürger die Ost-Trassen-Variante zu akzeptieren: Wenn weitergestritten werde, werde keine Lösung gefunden. (ff) [Q4]

2019: Gut 29 Milliarden Euro für Verkehr und digitale Infrastruktur

(Berlin) - Der Bund erhöht 2019 die Ausgaben für Verkehr und digitale Infrastruktur. Am 20. November 2018 stimmte der Bundestag dem Eta in Höhe von rd. 29,29 Milliarden Euro zu - mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Opposition. Das sind rd. 1,43 Milliarden Euro mehr als 2018. Davon sind 17,27 Milliarden Euro für Investitionen eingeplant. Damit ist der Verkehrsetat der größte Investitionshaushalt des Bundes.

Die geplanten Ausgaben betragen für Bundesfernstraßen 10,97 Milliarden Euro, für Bundesschienenwege 5,64 Milliarden Euro und für Bundeswasserstraßen 1,28 Milliarden Euro. Für den Bereich Digitale Infrastruktur sind 319,69 Millionen Euro vorgesehen, davon entfallen 231 Millionen Euro für Maßnahmen zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme.

Etwa 8,87 Milliarden Euro betragen die geschätzten Einnahmen, ca. 2,87 Milliarden Euro mehr als 2018. Dabei handelt es sich vor allem um Einnahmen aus der Lkw-Maut, die mit 8,22 Milliarden Euro veranschlagt werden. (ff) [Q5]

Fernstraßen-Bundesamt gegründet

(Leipzig) - Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gründete am 1. Oktober 2018 das Fernstraßen-Bundesamt. Die neue Bundesbehörde hat ihren Sitz in Leipzig.

Das Fernstraßen-Bundesamt ist ein wesentlicher Baustein in der größten Reform der Neuordnung der Verwaltung der Bundesfernstraßen seit 1949. Nach der Gründung der Infrastrukturgesellschaft ist die Errichtung des Fernstraßen-Bundesamtes ein weiterer Meilenstein. Für Leipzig als Hauptsitz spricht die gute Anbindung an Straße, Schiene und den Luftverkehr. In der Nähe befindet sich das Bundesverwaltungsgericht, eine auch für Infrastrukturprojekte wichtige Institution.

Neben Leipzig als Hauptsitz gibt es drei weitere Standorte in Hannover, Bonn und Gießen. Grundsätzlich ist ein vierter Standort vorgesehen, z.B. in Süddeutschland.

Das Fernstraßen-Bundesamt (FBA) übt die Rechts- und Fachaufsicht über die hoheitlichen Aufgaben der Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Autobahnen und Bundesstraßen aus. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören Planfeststellungsverfahren für Autobahn-Projekte.

Ab dem 1. Januar 2021 übernimmt das FBA vollumfänglich seine zentralen Aufgaben in der Bundesfernstraßenverwaltung. Bis dahin wird ein Aufbaustab den Hauptsitz und die weiteren Standorte entwickeln. Alleine in Leipzig entstehen dabei in den nächsten zwei Jahren insgesamt 200 Arbeitsplätze. (ff) [Q6]

Fahrrad-Schutzstreifen außerorts besonders gefährlich

(Berlin) - Das Bundesverkehrsministerium lehnt Fahrrad-Schutzstreifen außerorts ab. Als Begründung wird das Fahrverhalten genannt: Kraftfahrzeugführer orientieren sich an der Leitlinie und fahren oftmals näher an Radfahrer heran. Der Sicherheitsabstand verringert sich. Bei Lkw kommt die Sogwirkung hinzu.

Mehrere Landkreise hatten 2013 bis 2016 versuchsweise auf einigen gering befahrenen Landstraßen Radfahrer-Schutzstreifen markiert und die zulässige Geschwindigkeit auf maximal 70 km/h verringert. Es zeigte sich, dass die Breite der verbleibenden "Kernfahrbahn" im Begegnungsverkehr oftmals zu schmal ist, was ein Ausweichen von Kraftfahrzeuge über den Radfahrer-Schutzstreifen erforderte.

Im bereits im April 2018 vorgelegten Abschlussbericht ist zu lesen, dass die Schutzstreifen nur auf Straßen mit weniger als 2.000 Kfz pro Tag und einer Gesamtfahrbahnbreite von mindestens sechs Metern sinnvoll sind. (ff) [Q2]

Blaue Wildreflektoren wirkungslos

(Berlin) - Blaue Reflektoren an Straßenleitpfosten verhindern Wildunfälle nicht. Dies belegt eine Studie der Universität Göttingen im Auftrag der Unfallforschung der Versicherer. Danach wurde das Unfallgeschehen an zufällig ausgewählten 151 Straßenabschnitten von je 2 km Länge über zwei Jahre beobachtet - ein Jahr mit drei verschiedenen blauen Reflektortypen und ein Jahr ohne. Im Ergebnis war eine Reduzierung der Wildunfälle weder erkennbar noch statistisch nachweisbar. (ff) [Q3]

Kaum weniger Verkehrstote durch autonome Fahrzeuge

(München) - Der Beitrag des automatisierten Fahrens zu mehr Verkehrssicherheit bleibt bis 2050 noch überschaubar, so das Beratungsunternehmen Prognos in einer für den ADAC erstellten Studie. Als Begründung werden die voraussichtlich erst ab 2035/2040 zur Verfügung stehenden Automatisierungsfunktionen für zweistreifige Straßen genannt. Die Verfügbarkeit lasse sich nur sehr langsam im Bestand durchsetzen. Zweistreifige Straßen sind aber bekanntlich die Straßen mit den schwersten Unfällen. Autobahnpiloten kommen hingegen schon vor 2020 zur Marktreife, Citypiloten ab 2030.

Die Prognos-Autoren beschreiben, dass mit Automatisierung im Zeitraum 2020 bis 2050 je nach Szenario lediglich 370 bis 790 Verkehrstote vermieden werden könnten - von insgesamt ca. 50.000 Verkehrstoten bundesweit.

Ausgeklammert wurde in der Studie, ob die Politik ab einem bestimmten Zeitpunkt Einbau und Nutzung automatisierter Fahrfunktionen vorschreiben wird oder sollte. (ff) [Q7]

Bahnprojekte überbucht

(Berlin) - Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) stellte am 6. November 2018 die zusätzlichen Schienenprojekte vor, die nach einer gutachterlichen Bewertung vom Potentiellen Bedarf in den Vordringlichen Bedarf aufrücken. 29 Schienenprojekte will der Bund zusätzlich bis 2030 umsetzen oder beginnen. Die Investitionskosten für Eisenbahnstrecken und -knoten belaufen sich auf rund 26,2 Mrd. Euro. Der "Platzhalter-Betrag" im Bundesverkehrswegeplan 2030 für alle noch zur Bewertung anstehenden Vorhaben beträgt aber nur 6,35 Mrd. Euro. Von 2019 bis 2030 beläuft sich der Gesamtbedarf an Bundesmitteln aktuell auf 32 Mrd. Euro. (ff) [Q8]

Herbst-Konferenz der Verkehrsminister

Am 18. und 19. Oktober 2018 tagten die Verkehrsminister in Hamburg.
(Foto: Bundesministerium für Verkehr)

(Hamburg) - Die Verkehrsminister der Länder und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer tagten an 18. und 19. Oktober 2018 in Hamburg. Schwerpunktthemen waren Digitalisierung, Luftreinhaltung, Zukunft der Mobilität und der Luftverkehr. Kurz zusammengefasste Positionen:

Digitalisierung im ÖPNV

Eine digitale Fahrgastinformation fördert einen barrierefreien öffentlichen Verkehr und macht den ÖPNV attraktiver. Ziel ist ein möglichst hohes Qualitätsniveau für barrierefreie Verbindungsauskünfte bis 2021.

Luftreinhaltung

Zurzeit finden Überprüfungen der Luftmessstationen statt. Kommunen befürworten eine Förderung des zu Fußgehens und Radfahrens. Zur Vermeidung von Fahrverboten hält die Verkehrsministerkonferenz Hardware-Nachrüstungen für Pkw unverzichtbar.

Zukunft der Mobilität

Ziel ist eine klimafreundliche Mobilität. Technische Innovationen reichen nicht aus. Abgaben und Umlagen im Bereich des Verkehrs sind zu überarbeiten, um finanzielle Anreize für die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und Strom aus erneuerbaren Energien sowie erneuerbare Kraftstoffe zu schaffen. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt muss erhöht werden.

Bahnverkehr

Die Verkehrsministerkonferenz fordert vom Bund baubedingte Verspätungen im Bahnverkehr zu vermeiden und eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem Mobilfunk und mobilem Internet an allen Bahnstrecken. Auch die Umsetzung des Sonderprogramms zur Elektrifizierung wird gefordert. Das Finanzierungsverbot für S-Bahn-Netze sollte aufgehoben werden. Die vom Bund in Aussicht gestellte Förderprogramme für alle Bahnhöfe sollen schnell starten und das Bahnhofsumfeld aufgewertet werden. Vorrangig müssen sehr niedrige Bahnsteige erhöht werden.

Straßenverkehr

Die Verkehrsminister fordern für mehr Verkehrssicherheit eine Reform des Bußgeldkataloges - verbunden mit einer drastischen Erhöhung der Bußgelder. Die Minister unterstützen eine kürzere Umsetzungsfrist zur Ausrüstung von Abbiegeassistenzsystemen, die Herabsetzung des Mindestalters für den Mopedführerschein auf 15 Jahre und die geplante Novelle der Straßenverkehrsordnung für deutliche Verbesserungen im Radverkehr. ...

Aus Bund und Land

...Luftverkehr

Der Bund soll Luftsicherheitskontrollen überprüfen und Vorschläge zur Neuorganisation vorlegen. Weitere Forderungen: Verspätungen im Luftverkehr reduzieren und die wirtschaftlichen Belange in Einklang mit anderen Belangen wie dem Umweltschutz bringen. Ein großes Potential wird in der Nutzung unbemannter Luftfahrzeuge (Drohnen) gesehen – allerdings unter besonderer Berücksichtigung der Luftverkehrssicherheit und des Datenschutzes. Dazu fordern die Minister umfassende Regulierungen.

Die nächste Verkehrsministerkonferenz ist am 4./5. April 2019 in Saarbrücken geplant. (ff) [Q12]

Bund fördert Radschnellwege

(Berlin) - Ab sofort erhalten die Bundesländer für Radschnellwege Fördermittel. Gefördert werden Investitionen der Länder und Gemeinden für Radschnellwege, die ohne eine finanzielle Beteiligung des Bundes erst nach 2022 oder überhaupt nicht getätigt würden. Solche Radschnellwege müssen u.a. mindestens zehn Kilometer lang sein, von mindestens 2.000 Fahrradfahrern täglich genutzt werden, eine Mindestbreite zwischen drei und vier Metern haben, getrennt von anderen Verkehrsmitteln verlaufen und insbesondere für Berufs- und Pendelverkehre gedacht sind.

Der Bund beteiligt sich mit durchschnittlich 75 Prozent an den Kosten für Planung und Bau. Gefördert werden auch der Umbau von Kreuzungspunkten sowie die Sicherheitsausstattung einschließlich Beleuchtung. Interessierte Gemeinden können im jeweiligen Bundesland Anträge stellen. (ff) [Q13]

Schwarzbuch vorgestellt

Der Bund der Steuerzahler stellte am 6. November 2018 das Schwarzbuch 2018/19 mit 109 Einzelfällen vor. Ein Auszug:

Kaum Interesse an Pedelec-Ausleihe

In der Region Stuttgart wurden seit 2013 in 13 Kommunen Pedelec-Stationen eröffnet. Die Kosten betragen insgesamt über 1,9 Mio. Euro; die jährlichen Betriebskosten liegen zwischen 12.000 und 14.000 Euro. Durchschnittlich werden jedoch täglich weniger als zwei Räder ausgeliehen.

Verkehrskollaps nach Umbau

In Hannover kostet der Umbau der oberirdischen Stadtbahn-D-Linie rund 55 Mio. Euro. Der geplante barrierefreie Ausbau der Stadtbahnlinien 10 und 17 wurde seit 2017 mit Hochbahnsteigen realisiert. Allerdings musste die Linie 10 nach dem Umbau schon mehrfach über die bereits zuvor bestehenden Tunnelgleise geführt werden, um ein Verkehrschaos zu vermeiden, wenn viele Menschen zum Einkaufen in die Innenstadt wollten.

Mehrkosten durch falsche Lagerung

Am Ravensburger Bahnhof baute die Königliche Bausektion 1908 den "Eschersteg" - eine Stahlbrückenkonstruktion für Fußgänger über die Südbahn. Seit 1997 steht dieser Steg unter Denkmalschutz. Er wurde 2005 demontiert und unter freiem Himmel gelagert. Die Denkmalschutzbehörde beharrte schon damals auf einen Wiederaufbau. 2009 wurde für Sanierung und Wiederaufbau mit 800.000 Euro kalkuliert. Heute belaufen sich die Kosten auf rund 2 Mio. Euro. Die Kostensteigerung begründet die Stadt Ravensburg mit dem ursprünglich fehlenden Abgang zum Mittelbahnsteig. Zudem muss das Bauwerk wegen der Barrierefreiheit mit Aufzügen ausgestattet werden. Der Bund der Steuerzahler bemängelt die hohen Kosten wegen zusätzlich entstandener Bauwerksschäden durch die ungeeignete Lagerung. ...

Länder erhalten mehr Geld für Straßenplanung

(Berlin) - Die Große Koalition erhöhte am 29. November 2018 die Zweckausgabenpauschale für die Planung von Bundesfernstraßen. Der Bund zahlt den Auftragsverwaltungen der Länder künftig bei Bundesstraßen fünf Prozent und bei Autobahnen sechs Prozent der Investitionssumme als Pauschale für Planung und Bauaufsicht. Bisher waren es drei Prozent. Das "Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs" wurde entsprechend geändert. (ff) [Q9]

Gelder nicht abgerufen

(Berlin) - Der Investitionshochlauf für Autobahnen und Bundesstraßen stößt in den meisten Bundesländern an Grenzen. Laut Bundesministerium für Verkehr haben 2017 nur die Flächenländer Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen nennenswert mehr Gelder abgerufen als im Verfügungsrahmen vorgesehen war. Baden-Württemberg hat 2016 und 2017 offenbar insgesamt ca. 70 Mio. Euro nicht abgerufen. Das ist der höchste Betrag unter allen Ländern. (ff) [Q10]

Erster Lkw auf Oberleitungs-Teststrecke unterwegs

(Frankfurt) - Am 27. November 2018 war der erste Oberleitungs-Hybrid-Lkw in Deutschland auf der ersten Teststrecke für spezielle Lastwagen mit Stromabnehmern unterwegs. Auf der neuen Teststrecke auf der A 5 im Abschnitt zwischen dem Frankfurter Flughafen und Darmstadt wird das Zusammenspiel von Oberleitungs-Hybrid-Lkw mit den anderen Fahrzeugen im Verkehr getestet. Der Feldversuch läuft bis voraussichtlich 2022 und wird vom Bund mit rund 14,6 Mio. Euro gefördert. (ff) [Q11]

Verkehrspolitik in Baden-Württemberg gelobt

(Stuttgart) - Das Engagement des Landes für Nachhaltige Mobilität findet große Anerkennung. Im Länderranking des "Bundesländerindex Mobilität und Umwelt" belegt Baden-Württemberg 2018 den ersten Platz.

Begründet wird das mit der positivsten Entwicklung bei den Schwerverletzten im Straßenverkehr und einem ambitionierten Verkehrssicherheitsziel mit 40% weniger Getötete bis 2020, gegenüber 2010. Baden-Württemberg verfügt neben Berlin über ein quantitatives Minderungsziel für die Belastung durch Verkehrslärm mit 20% weniger Betroffene bis 2020 und 50% bis 2030. Aktuell seien lediglich 3,4% der Bevölkerung von Verkehrslärm betroffen. Auch beim Flächensparziel punktet das Land. Wermutstropfen: Beim Klimaschutz ist Baden-Württemberg nur Mittelmaß. Die Luftqualität lässt zu wünschen übrig mit der höchsten Stickstoffdioxidkonzentration in den Städten.

Das Institut Quotas erstellte die Studie im Auftrag von Allianz pro Schiene, Bund für Umwelt und Naturschutz und des Deutschen Verkehrssicherheitsrates. (ff) [Q14]

Kooperationserlass überarbeitet

(Stuttgart) - Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg hat den "Kooperationserlass-Lärmaktionsplanung" überarbeitet. Dieser ist für die Landesbehörden verbindlich. Für Kommunen sowie betroffene Bürger bietet er Informationsquellen und Handlungsempfehlungen. Mit der Neufassung vom 29. Oktober 2018 gibt das Ministerium umfassende Hinweise zur Aufstellung von Lärmaktionsplänen. Der Erlass reicht von allgemeinen Informationen bis hin zu konkreten Maßnahmen zur Lärmminderung. (ff) [Q15]

...Neue Brücke ist zu schmal

Beim Bau der Ortsumfahrung Negenborn im Zuge der Bundesstraße 64 wurden für das Queren landwirtschaftlicher Fahrzeuge Überführungen eingeplant. Von der Planung einer Brücke bis zum Baubeginn vergingen allerdings zehn Jahre. In dieser Zeit sind landwirtschaftliche Maschinen ständig größer geworden. Sie können diese Überführung nun gar nicht nutzen. Die Straßenbaubehörde erkannte das Problem erst nach dem Bau der Brücke.

Kreisverkehr mit Geysir gewünscht

Die Stadt Monheim am Rhein legt Wert auf einen schönen Kreisverkehr: An der Kriescherstraße/Kapellenstraße soll der Kreisverkehr einen Geysir erhalten, der in bestimmten Abständen eine Wasserfontäne in die Luft bläst. Um die Verkehrssicherheit während der Ausbrüche des Geysirs zu gewährleisten, wird eine Ampel installiert, die den Verkehr anhält. Geysir und Ampel kosten etwa 415.000 Euro. Hinzu kommen jährlich 6.000 Euro Betriebskosten.

Bahnsteig ohne Anbindung

Für rund 1,4 Mio. Euro hat die Stadt Travemünde einen Kombi-Bahnsteig gebaut. An diesem sollten Fahrgäste direkt vom Zug auf Busse umsteigen können. Der Bahnsteig ist gebaut, doch bis heute ungenutzt. Die Pläne werden nicht weiterverfolgt.

Tunnel wird viel teurer

Um die Verkehrsverhältnisse in der Innenstadt zu verbessern plant die Stadt Magdeburg einen 650 Meter langen Tunnel. Autos sollen eine Ebene tiefer von Straßenbahnen, Fußgängern, Radfahrern und Bahnhofsanbindung getrennt werden um Staus zu vermeiden. 2006 wurde mit Kosten von 38 Mio. Euro gerechnet, 2009 mit 58,3 Mio. Euro und 2017 bereits mit 139 Mio. Euro. Als Ursache gelten Planungsfehler und allgemeine Baupreissteigerungen. Nun drohen weitere ca. 20 Mio. Euro Mehrkosten bis zur Fertigstellung frühestens 2021.

Verkehrsberuhigung gescheitert

Um in Hamburger Stadtteil Volksdorf im Mellenbergweg die Bevölkerung vor rasenden Autos zu schützen, baute die Stadt 2017 auf nur 200 Meter Länge sechs Verkehrsinseln - abwechselnd auf der rechten und linken Straßenseite. Das kostete rund 20.000 Euro. Autofahrer müssen seit dem "Slalom" fahren. Für Radfahrer wurde eine Gasse freigelassen, damit diese weiterhin geradeaus fahren können. Nun kommen sich Autofahrer und Radfahrer gefährlich in die Quere. Konsequenz: Die Stadt beschloss eine alternative Straßenplanung zur Verkehrsberuhigung.

Straße nach zwei Jahren kaputt

Eine 2013 gebaute Umgehungsstraße sollte den Husumer Stadtteil Rödemis vom Lkw-Verkehr befreien. Bereits im April 2015 musste diese wegen wellenförmiger Senkungen gesperrt werden. Selbst mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h war kein sicherer Straßenverkehr möglich. Grund für das Malheur sind Berechnungsfehler und Gründungsfehler im bis zu vier Meter tiefen Moorboden. Das Sanierungskonzept kostet rund 2,1 Mio. Euro.

Unlesbare Schilder aufgestellt

In der Gemeinde Malsch, Landkreis Karlsruhe, wurden Baumaßnahmen zum Hochwasserschutz durchgeführt. Der örtliche Einzelhandel befürchtete Umsatzeinbußen. Deshalb wurden in fünffacher Ausführung an Zufahrtsstraßen Schilder aufgestellt, die darauf hinweisen, dass die Innenstadt erreichbar ist: Kosten 5.000 Euro. Doch die Schrift ist für Vorbeifahrende unlesbar. Auch anhaltende Autofahrer auf der gegenüber liegenden Straßenseite können die Schilder offenbar nicht entziffern. Vom Einzelhandel gibt es keine Klagen über Umsatzeinbußen.

Gutachten für verschimmelte Brücke

Seit 1988 überspannt die 218 Meter lange Hertha-Peters Brücke in Peine die Bundesstraße 65 und den Mittellandkanal. Die Brücke ist aus...

...tropischem Bongossi-Holz gebaut. 2010 entdeckten Brückenprüfer bei einer Kontrolluntersuchung Schimmelbefall. 2013 wurde das gesamte Ausmaß bei Reparaturarbeiten sichtbar. Die Stadt Peine beauftragte bis 2017 insgesamt vier Gutachter, die von begrenzter Schadensbehebung berichteten oder einen Ersatzneubau empfahlen. Im September 2017 beschloss die Stadt einen Neubau.

Zebrastreifen unbenutzbar

Weil das hohe Radfahrer- und Fußgängeraufkommen am Neumarkt in Celle in der Verkehrsplanung nicht ausreichend berücksichtigt wurde, kam es kurz nach der Inbetriebnahme der Kombination aus Kreisverkehr und Zebrastreifen zum Verkehrsinfarkt. Um Staus zu vermeiden sperrte die Stadt den Zebrastreifen für Fußgänger und Radfahrer zunächst mit Baken, später mit Metallzäunen ab (Kosten rund 5.700 Euro). Das führte zu einer deutlichen Entspannung der Lage. Die Zebrastreifen sind Bestandteil der Förderung des Landes Niedersachsen und dürfen nicht entfernt werden, obwohl sie nicht genutzt werden. Sonst droht die Rückzahlung der Fördergelder von 1 Mio. Euro. (ff) [Q17]

Straßenplanung durch Dritte wieder möglich

(Stuttgart) - Das Landeskabinett hat am 6. November 2018 der "VwV Finanzierungsbeteiligung Straßen" zugestimmt. Die neue Verwaltungsvorschrift (VwV) ermöglicht es Dritten, wie zum Beispiel Kommunen, in eigener Regie Landes- und Bundesstraßen zu planen und Landesstraßen zu bauen. Hintergrund: Aufgrund einer Vielzahl von Bauprojekte können nicht alle Baumaßnahmen zeitnah von der Straßenbauverwaltung des Landes geplant und umgesetzt werden.

Die Verwaltungsvorschrift erlaubt es den Kommunen, die vom Land erst später vorgesehenen Maßnahmen eigenständig umzusetzen, wodurch sie die Wirtschaftsentwicklung und Infrastruktur in ihrer Region aus eigener Kraft schneller voranbringen können, so Verkehrsminister Winfried Hermann.

Unterstützung erhalten planende Dritte von den Regierungspräsidien durch eine enge Abstimmung nach den Vorgaben eines Betreuungskonzeptes. Die Kosten der Planung bis zum Baurecht tragen die planenden Kommunen. Das Land übernimmt die Hälfte der Betreuungskosten. Außerdem erhalten die planenden Kommunen vom Land einen Teil der sogenannten Zweckausgabenpauschale, die der Bund für die Planung von Bundesstraßen zahlt. Diese Pauschale erhöhte der Bund am 29. November 2018. Das Ziel der Planung durch Dritte ist die Erlangung des Baurechts mit einem Planfeststellungsbeschluss. (ff) [Q18]

Landtag verabschiedet neues Umweltverwaltungsgesetz

(Stuttgart) - Am 28. November 2018 verabschiedete der Landtag die Novelle des Umweltverwaltungsgesetzes. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde dabei um Bereiche des Klimaschutzes, der Ressourcenschonung, des Flächenschutzes und der Energieeffizienz ergänzt. In das Landesplanungsgesetz wurde zusätzlich das Schutzgut Fläche aufgenommen. Mit der Modernisierung der Umweltverträglichkeitsprüfung wird das EU-Recht eins zu eins umgesetzt. Das aktualisierte Umweltverwaltungsgesetz ermöglicht Behörden aktiv etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen und den Flächenverbrauch zu berücksichtigen. Zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung richtet das Land ein Internetportal für die Umweltverträglichkeitsprüfung ein.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist für mittlere und große Bauvorhaben verpflichtend. Beispielsweise bei Stromleitungen, Kraftwerken, Steinbrüchen, Verkehrsvorhaben oder Einkaufszentren müssen die relevanten Schutzgüter beachtet werden. (ff) [Q19]

1,8 Mio. Euro für Projekte nachhaltiger Mobilität

(Stuttgart) – Vor 4 Jahren folgten Verkehrsexperten dem Aufruf nachhaltige Mobilitätsideen einzubringen. Von fast dreißig Vorschlägen werden acht mit insgesamt ca. 1,8 Mio. Euro gefördert, laut Abschlusskonferenz "Nachhaltig mobil" vom 5. Oktober 2018. Die Mobilität im Land soll gesünder, verkehrssicherer und umweltfreundlicher werden. Gefördert werden:

E-MO ge FLOTT in BaWü. Ermittlung der Potentiale für eine flächendeckende Elektrifizierung von gewerblichem Verkehr.

Hoch hinaus in Baden-Württemberg. Machbarkeitsstudie von Seilbahnen, um innerstädtische Verkehrsprobleme zu lösen.

Leis-E. Untersuchung der Lärmminderungspotentiale alternativ angetriebener Busse im städtischen Raum.

Mobilitätsschule. Junge und ältere Menschen zur Nutzung neuer Mobilitätskonzepte und Änderung des Mobilitätsverhaltens gewinnen.

Sinn². Einrichtung von barrierefreien Fahrgastinformationen für blinde und sehbehinderte Menschen.

Substitution Pkw-Nutzung. Analyse der Pkw-Nutzung zur Ermittlung von Verlagerungspotenziale auf umweltverträgliche Verkehrsträger.

TrottiElec. Erbringung eines wissenschaftlichen Nachweises, dass mit der Zulassung elektrischer Faltroller im Straßenverkehr Pkw-Fahrer auf den ÖPNV umsteigen.

Radschnellwege. Sammeln und aufbereiten von Erkenntnissen und Erfahrungen zu Radschnellverbindungen - insbesondere aus dem Ausland. (ff) [Q16]

Verlagerung des Güterverkehrs schwieriger als erwartet

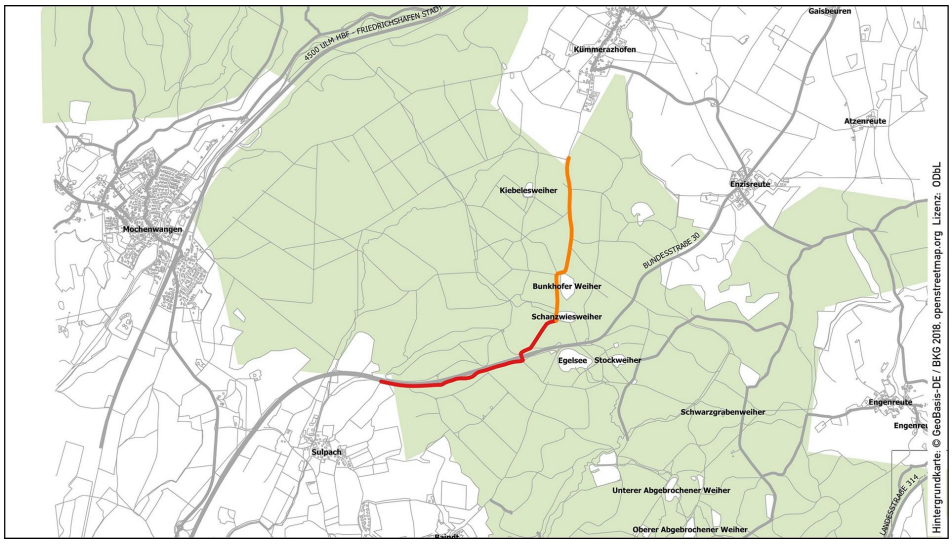
(Stuttgart) - Die Landesregierung hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Verlagerung von Lkw-Verkehr auf die Schiene und Wasserstraße. Belastbare Aussagen zu Verlagerungspotentialen und konkrete Aussagen auf die Umwelteffekte sind nicht möglich, so Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) in einer Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr auf einen Antrag des Abgeordneten Martin Rivoir (SPD) im Oktober 2018.

Um die Mobilität in Baden-Württemberg nachhaltig zu gestalten, sei aus ökologischen Gründen und zunehmender Engpässe im Straßennetz die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene oder auf Binnenschiffe notwendig. Der ökologische Nutzen des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt gegenüber dem Straßengüterverkehr sei unbestritten.

Sowohl der Bau als auch der Betrieb von Umschlagepunkte, Güterzentren und Gleisanschlüsse liegen im Verantwortungsbereich der Privatwirtschaft, auf die das Land keinen Einfluss hat, aber fördern kann.

Anfang 2018 wurde die Erstellung eines Güterkonzeptes Baden-Württemberg ausgeschrieben. Bis Anfang 2020 soll die Erarbeitung abgeschlossen sein. Mit Hilfe einer interaktiven Karte werden die Transportrelationen dargestellt. Ermittelt werden Engpässe im Straßen- und Schienennetz sowie Maßnahmen zur Minderung von Engpässen im Schienennetz. Verstärkt gesucht werden alternative Transportmöglichkeiten per Binnenschiff und Schiene. (ff) [Q20]

Radweg Baindt - Kümmerazhofen freigegeben



Der Radweg Baindt - Kümmerazhofen wurde am 9. November 2018 freigegeben. Die Kosten von 400.000 Euro teilen sich der Bund (rot) und die Stadt Bad Waldsee (orange). (Grafik: ff)

(Baindt / Bad Waldsee) - Der Ausbau des Radwegenetzes entlang der B 30 zwischen Baindt/Sulpach und Bad Waldsee/Kümmerazhofen ist abgeschlossen.

Zur offiziellen Freigabe des neuen Radweges reisten am 9. November 2018 viele Vertreter von zuständigen Baubehörden, Polizei und kommunalen Gremien an. Auch etwa 100 Radfahrer, radelten zum feierlichen Festakt, darunter Pfarrer Stefan Werner, der Segenswünsche sprach. Voll des Lobes zeigten sich Bürgermeister Roland Weinschenk (Bad Waldsee) und Elmar Buemann (Baindt). Eine gravierende bedeutende Lücke im Radwegenetz sei geschlossen worden. Von einem Tag der Freude und des Dankes sprach Manfred Ströhm, Vorsitzender des Radfahrervereins Weingarten. Durch die gute Kooperation von Forst- und Straßenbauverwaltung sowie der beteiligten Kommunen Bad Waldsee und Baindt wird eine wichtige alltagstaugliche Radverkehrsverbindung im oberen Schussental geschaffen. Damit ist der nördliche Teil des Landkreises Ravensburg nun vom Schussental aus gut mit dem Fahrrad zu erreichen, so die Pressemitteilung des Regierungspräsidiums Tübingen.

Die neue Radwegeverbindung ist Teil des RadNETZ Baden-Württemberg und kostete rund 400.000 Euro. Davon tragen der Bund rund 280.000 Euro und die Stadt Bad Waldsee 120.000 Euro. Die Bauarbeiten begannen am 8. Oktober 2018. Im Januar 2016 beschloss das damalige Landeskabinett zwei zentrale Vorhaben zur Radverkehrsförderung bis 2025: die Radstrategie und das RadNETZ Baden-Württemberg. Ursprünglich plante die Landesregierung die Errichtung zwei neuer Radwege an der B 30 im Zeitraum von 2017 bis 2020: Von Oberessendorf bis Englerts sowie ab Gaisbeuren über Enzisreute nach Baindt/Sulpach. Die zweite Maßnahme nahm das Land lediglich von "Enzisreute bis Baindt/Sulpach" in das Radwegebauprogramm an Bundes- und Landesstraßen 2018 auf. Der realisierte Radweg verläuft nun von Sulpach entlang der B 30 nur noch bis zur Brücke südwestlich des Egelsees. Dort unterquert der Radweg die Bundesstraße, verläuft zum Schanzwiesweiher und weiter nach Bad Waldsee-Kümmerazhofen. Ein Radweg über Enzisreute und Gaisbeuren nach Bad Waldsee entstand nicht. Darüber informierte das Regierungspräsidium Tübingen bereits im März 2018: Erst nach dem Ausbau der B 30 werde der restliche Radweg hergestellt. (ff) [Q21]

Neue Straßenwetterstation für mehr Verkehrssicherheit

(Enzisreute / Gaisbeuren) - Seit November 2018 steht eine neue Messstation an der B 30 kurz vor Enzisreute aus Richtung Gaisbeuren. Dabei handelt es sich um eine Straßenwetterstation, die auch als Glättemeldeanlage bezeichnet wird.

Die neue Station mit Videokamera-Ausstattung dient der Erfassung meteorologischer Parameter, wie beispielsweise Lufttemperatur, Luftdruck, Windgeschwindigkeit und Niederschlagsmenge. Außerdem werden über einen Sensor Werte zum Fahrbahnzustand erfasst: Oberflächentemperatur und Wasserfilmdicke. Die gesammelten Daten werden an ein für den Straßenbetriebsdienst entwickeltes Visualisierungssystem übertragen, das insbesondere dem Winterdienst einen Überblick über die örtliche Wetter- und Fahrbahnsituation gibt. So kann der Winterdienst wirtschaftlicher arbeiten und gefährliche Straßenzustände früher erkennen. Vorbeugende Winterdiensteinsätze ermöglichen letztlich eine höhere Verkehrssicherheit. Die Streumengen können umweltfreundlich angepasst werden. Das Landratsamt Ravensburg rechnet mit reduzierten Kontrollfahrten und hofft auf eine verbesserte Winterdienst-Organisation verbunden mit Kosteneinsparungen.

Die Aufbauarbeiten der Straßenwetterstation an der B 30 begannen im September 2018. Am 29. November 2018 ging die Anlage dauerhaft in Betrieb. Die Kosten von rund 20.000 Euro hat der Bund übernommen.

Glättemeldeanlagen sind Einrichtungen zur Erfassung und Prognose von Glatteis bzw. Glatteisgefahr auf Straßen. Das Bundesministerium für Verkehr stattet vermehrt Bundesfernstraßen mit Verkehrserfassungs- und -beeinflussungsanlagen aus. An ausgesuchten Stellen werden Daten über die Umfeldsituation erhoben, die Auswirkungen auf den Verkehrsablauf haben, wie Sichtweite und Niederschlag. Die mit dem Erfassungssystem gewonnenen Informationen werden üblicherweise ebenfalls genutzt, um mittels Verkehrsbeeinflussung die Verkehrssituation zu verbessern. Für Standorte und Betrieb von Glättemeldeanlagen gelten besondere Voraussetzungen und Vorschriften, die in den Technischen Lieferbedingungen für Streckenstationen (TLS) und den DIN EN 15518-1, DIN EN 15518-2, DIN EN 15518-3 sowie DIN EN 15518-4 geregelt sind. (ff) Q24

Land plant voraussichtlich nicht vor 2022

(Tübingen) - Regierungspräsident Klaus Tappeser verteidigt weiterhin den späten Planungsbeginn für den B 30-Lückenschluss zwischen Baindt und Bad Waldsee mit den Ortsumfahrungen Gaisbeuren und Enzisreute. Dieser ist weiterhin ab dem zweiten Halbjahr 2022 geplant.

Das Regierungspräsidium habe in Abstimmung mit dem Ministerium für Verkehr eine weitere Priorisierung vorgenommen: In der Planungsgruppe mit Beginn bis 2025 ist die Reihenfolge der Maßnahmentypen untereinander offen. Somit sei eine Vorziehung anderer Projekte vor der B 30 möglich und vor diesem Projekt stünden nur vier Projekte. Insgesamt gebe es im Regierungsbezirk Tübingen 23 Projekte. Die Planungsbeginne ergäben sich in Abhängigkeit des zur Verfügung stehenden Fachpersonals.

Das Regierungspräsidium beabsichtige ein Projekt in der Gruppe Ortsumfahrungen, dann zwei Projekte in der Gruppe Ortsumfahrung mit Tunnel und anschließend ein Projekt der Gruppe Ausbau zu beplanen, führte Tappeser in seiner Antwort aus.

Die B 30 Ortsumfahrungen Gaisbeuren und Enzisreute stehen aber auf dem zweiten Platz in der Liste der Ortsumfahrungen. Damit sei ein Planungsbeginn voraussichtlich nicht vor der zweiten Jahreshälfte 2022 möglich. (ff) Q25

Abbiegespur kommt später

(Gaisbeuren) - Seit der Ampel-Umstellung kommt es in Gaisbeuren vermehrt zu längeren Rückstaus auf den Zufahrtsstraßen zur B 30. Um Rückstaus auf der Landesstraße 285 vor der B 30-Einmündung zu reduzieren, plant das Landratsamt Ravensburg eine Verlängerung der Rechtsabbiegespur. Diese Baumaßnahme soll die Einfahrt in die B 30 erleichtern. Die Maßnahme soll ebenfalls die Einfahrtsituation in die Landesstraße verbessern. Einige Anlieger beklagen, dass sie zu bestimmten Zeiten nur noch nach rechts in die Landesstraße einfahren können und wenden müssen, um zur B 30 zu gelangen. Die Bauarbeiten waren für Herbst 2018 vorgesehen und sind nun im Frühjahr 2019 geplant. (ff) Q22

Straßenschäden provisorisch repariert

(Gaisbeuren) - Unebenheiten in der Fahrbahn führen in Gaisbeuren vermehrt zu Lärmbelastungen durch unbeladene Lkw. Deren Ladeflächen klappern beim Überfahren der Unebenheiten. Als Ursache gilt der teilweise schlechte Fahrbahnzustand. In der Ortsdurchfahrt Gaisbeuren besteht eine der ältesten Fahrbahnbeläge der B 30. Die letzte Fahrbahnsanierung liegt mehr als vierzehn Jahre zurück. Die Lebensdauer von bituminösen Fahrbahnbelägen beträgt etwa zehn bis fünfzehn Jahre, bei starkem Verkehr eher weniger. Inzwischen fahren täglich bis zu 3.200 Lkw durch Gaisbeuren von durchschnittlich insgesamt bis zu 23.700 Kfz. Im Juli 2018 wurden Unebenheiten im Fahrbahnbelag im Bereich der Straßeneinlaufschächte von der Straßenmeisterei Bad Waldsee im Auftrag und auf Kosten des Landratsamtes Ravensburg ausgeglichen. Belagsausbrüche in der gesamten Ortsdurchfahrt der B 30 werden fortlaufend provisorisch mit Kaltasphalt repariert, so das Landratsamt. Damit sind die Möglichkeiten des Landkreises ausgeschöpft. Für weitergehende Maßnahmen ist das Land zuständig. (ff) Q23

Direktverbindung zur B 30 sinnvolle Lösung

(Ingoldingen / Hochdorf) - Bürgermeister Jürgen Schell der Gemeinde Ingoldingen forderte bei einem Vor-Ort-Termin im November 2018 mit Verkehrsministers Winfried Hermann (Grüne) und dem Landtagsabgeordneten Thomas Dörflinger (CDU) weiterhin eine Umgehungsstraße.

Verkehrsminister Hermann verwies darauf, dass Ingoldingen im Wettbewerb mit anderen Gemeinden stehe und wertete nur eine Verbindungsstraße zwischen Degernau hin zur B 30 bei Hochdorf als eine sinnvolle Lösung. Das Anliegen einer Ortsumfahrung des Ortsteils Degernau sah der Minister kritisch mit Blick auf die Ziele der Landesregierung: Straßensanierung vor Neubauten. Der Flächenverbrauch und die Verkehrsbelastung seien die entscheidenden Kriterien. Im Regierungsbezirk Tübingen sind nach Ansicht des Ministers maximal ein bis zwei neue Straßenbaumaßnahmen denkbar. (ff) [Q26]

Impressum

Herausgeber
"Initiative B 30"
Franz Fischer
Alter Bühlweg 8
88339 Bad Waldsee
Deutschland

info@b30neu.de
www.b30neu.de

Redaktionsleitung
Franz Fischer, presserechtlich verantwortlich.

Redaktion
Franz Fischer

Redaktionsschluss
Jeweils 14 Tage vor Erscheinen.
Letzte Änderung an dieser Ausgabe:
24.12.2018 20:28

Anzeigenannahme
Franz Fischer
Tel. +49 (0) (15 15) 7 76 23 02
info@b30neu.de

Datenschutz
www.b30neu.de/datenschutz

Druck
"B30 Insider" wird bei wichtigen Themen von großem Interesse und wirtschaftlicher Vertretbarkeit oder per Sponsoring gedruckt. Die Auflage richtet sich nach dem Bedarf und beträgt in der Regel 500 bis 1000 Exemplare.

Erscheinen
"B 30 Insider" erscheint dreimal jährlich.

Quellen

Quellen / Grundlagen

Q1 buergerinfo.landkreis-ravensburg.de/to0040.php?smcred=4&__ksinr=533
Q2 www.verkehrsbrief.de/bmvi-erteilt-fahrrad-schutzstreifen-ausserorts-absage/
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Schwerpunkte/Radverkehr%20in%20St%C3%A4dten%20und%20Gemeinden/Neuigkeiten%20rund%20ums%20Rad/Ergebnisse%20des%20Modellprojekts%20Schutzstreifen%20au%C3%9Ferorts/
Q3 www.verkehrsbrief.de/unfallforschung-blaue-wildreflektoren-kann-man-sich-sparen/
Q4 www.suedkurier.de/region/bodenseekreis/meckenbeuren/B30-neu-soll-nach-der-Ostvariante-gebaut-werden;art372485,9937458
rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/Abt4/B30/Seiten/default.asp
Q5 www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw47-de-verkehr-digitale-infrastruktur/576932
Q6 www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2018/078-scheuer-errichtung-fernstrassen-bundesamt.html
Q7 www.verkehrsbrief.de/automatisiertes-fahren-ausgerechnet-auf-landstrassen-zuletzt/#more-1936862
Q8 www.verkehrsbrief.de/mittel-fuer-bvwp-bahnprojekte-massiv-ueberbucht/
www.mmnews.de/aktuelle-presse/105422-bundesregierung-verspricht-32-milliarden-euro-fuer-bessere-bahn
Q9 www.verkehrsbrief.de/laender-erhalten-mehr-geld-fuer-strassenbauplanung/
www.gesetze-im-internet.de/babg/__6.html
Q10 www.verkehrsbrief.de/bayern-und-mv-nutzen-investitions-hochlauf-am-besten-aus/
Q11 www.heise.de/newsticker/meldung/Elektromobilitaet-Erster-Lkw-auf-Oberleitungs-Teststrecke-unterwegs-4234152.html
Q12 www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/18-10-18-19.html
Q13 www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2018/079-scheuer-highspeed-radwege.html
www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/Fahrrad/verwaltungsvereinbarung-radschnellwege.html?nn=12830
Q14 vm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/verkehrspolitik-in-baden-wuerttemberg-findet-bundesweit-grosse-anerkennung/
www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2018/11/181106-Bundeslaenderindex-2018-19.pdf
Q15 vm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/laermaktionsplaene-gewinn-fuer-laermschutz-und-lebensqualitaet/
Q16 vm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/nachhaltige-mobilitaetsprojekte-wissenstransfer-von-der-forschung-in-die-praxis/
Q17 www.schwarzbuch.de
Q18 vm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/kommunen-haben-die-moeglichkeit-eigenstaendig-strassen-zu-planen-und-zu-bauen/
www.doerflinger-biberach.de/content/pressemitteilungen/meine-pressemitteilungen/2018/zumeldung-zur-pressemitteiung-des-verkehrsminksteriums-_eigenstaendige-strassenplanung_---12_11_18.html
Q19 fraktion.cdu-bw.de/aktuelles/meldungen/detail/article/landtag-verabschiedet-umweltverwaltungsgesetz/
www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5277_D.pdf
Q20 www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5032_D.pdf
Q21 rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/Seiten/pressemitteilung.aspx?rid=1366
www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-neu-asphaltierter-radweg-freigegeben-_arid,10961369.html
Q22 www.b30neu.de/index.php?id=73&newsid=152&mode=singleview
Q23 www.b30neu.de/index.php?id=73&newsid=152&mode=singleview
Q24 www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/bad-waldsee_artikel,-was-kontrolliert-die-neue-messstation-an-der-b30-_arid,10970511.html
de.wikipedia.org/wiki/Gl%C3%A4ttemeldeanlage
www.glaette24.de/produkte/glaettemeldeanlagen/gma-hintergrund.html
www.bast.de/BASt_2017/DE/Verkehrstechnik/Fachthemen/v5-tls/tls-streckenstationen.html
Q25 www.b30neu.de/index.php?id=73&newsid=157&mode=singleview
www.b30neu.de/index.php?id=73&newsid=159&mode=singleview
Q26 www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/ingoldingen_artikel,-ingoldingen-will-verkehrsentlastung-_arid,10961263.html

Lesen Sie B 30 Insider online:
www.b30neu.de/insider